

„Krieg darf nie wieder ein Mittel der Politik sein!“

Heidrun Dittrich, Kandidatin von DIE LINKE für den Deutschen Bundestag und Redaktionsleiter Alexander Haas trafen sich zum Gespräch im Ristorante La Calabrisella in Hannovers Südstadt.

Alexander Haas: *Frau Dittrich, Sie sind 1982 für das Studium der Sozialwissenschaften nach Hannover gezogen und leben und arbeiten seitdem hier im Jugend- und Sozialbereich. Inwieweit hat Hannover Sie für Ihre gesellschaftliche Arbeit und das Parteiengagement bei der Partei DIE LINKE geprägt?*

Heidrun Dittrich: „Eines ist zu wenig – beides ist zuviel“ beschreibt die Erfahrungen vieler Frauen, die mit Kindern einer Arbeit oder Ausbildung nachgehen.

Als ich mein Zweitstudium der Sozialpädagogik begann, suchte ich Betreuungsmöglichkeiten für meine eigenen Kinder. Der Mangel an Kinderbetreuungsplätzen hat mich dazu bewegt, eine Krabbelgruppe und später einen Hort mit anderen Eltern zu gründen. Beide Kindertageseinrichtungen wurden vom Jugendamt der Stadt Hannover anerkannt und übernommen, sodass im Stadtteil Linden-Limmer fünf pädagogische Arbeitsplätze geschaffen wurden. Meine Erfahrungen mit Bürgerinitiativen und in Gewerkschaften haben dazu geführt, dass ich als Sozialarbeiterin im Jugendamt auf der Seite der Bürger stehe. Durch unzählige Hausbesuche weiß ich, wie es in den Familien aussieht. Der Verlust eines Arbeitsplatzes führt häufig nicht zur Mitarbeit in Arbeitsloseninitiativen, sondern oft genug in die Depression. Existenzängste und materielle Notlagen wirken sich auf die Entwicklung der Kinder und ältere Menschen aus. Die Altersarmut von Frauen zeigte mir deutlich die Benachteiligung von

Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich. Daher habe ich bei meinem Eintritt in die Partei DIE LINKE die Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen (LISA) in Hannover aufgebaut. Nicht die Frauen halten sich von der Politik fern, sondern die Politik nimmt die Anliegen der Frauen nicht auf! Mit meinem Einsatz mache ich Politik für und mit Frauen und nicht für Profiteure!

Alexander Haas: *Als Diplom- Sozialwissenschaftlerin und Diplom- Sozialarbeiterin beim Jugendamt Hannover und in Ihren weiteren Tätigkeiten im Kinder- und Jugendbereich zeigten Sie sich solidarisch mit den streikenden Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen. Wie bewerten Sie als zukünftige Bundestagsabgeordnete solche außerparlamentarischen Bestrebungen?*

Heidrun Dittrich: Schon in meinem Beruf als Sozialarbeiterin merkte ich, dass individuelle



GROSSER SOMMER RATSCHLAG 09

Durch mehr Demokratie aus der Krise

Workshops, Vorträge, Podiumsdiskussionen und Kultur
Am 8. und 9. August | Freizeitheim Vahrenwald | Hannover
Mehr Informationen unter www.linksfraktion-niedersachsen.de oder unter Telefon 0511-30304402.



Bemühungen an gesellschaftliche Grenzen stoßen. Wie im Streik der Sozialarbeiterinnen und Erzieherinnen, wird die Gesellschaft nur durch vereinte Proteste der Betroffenen verändert.

Die Bundesregierung hat die Bereiche Bildung, Erziehung, Gesundheit und Pflege privatisiert und dem Profit unterworfen. Dies widerspricht dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes! Die staatliche Daseinsvorsorge und der Kampf um den Erhalt eines jeden Arbeitsplatzes können in der heutigen Weltwirtschaftskrise am besten mit dem Mittel des politischen Streiks erreicht werden. Gemeinsame Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen üben als außerparlamentarische Aktionen einen großen Druck auf die Unternehmer und die Regierung aus, sodass die Bevölkerung Veränderungen erringen kann. Nur DIE LINKE ist eine Mitmachpartei und bei uns gilt: „Menschen vor Profite!“

Wir fordern einen Schutzschirm für die erwerbstätige

Bevölkerung, das sind Arbeiter und Angestellte, Rentnerinnen und Rentner, Schülerinnen und Schüler, Erwerbslose und behinderte Menschen sowie Selbständige und Klein- und Mittelbetriebe. Also für alle Bevölkerungsgruppen- mit und ohne Migrationshintergrund- die keine Großkonzerne oder Privatbanken besitzen. Als zukünftige Bundestagsabgeordnete unterstütze ich Forderungen nach direkter Demokratie wie Volksbegehren.

Alexander Haas: *Sie waren bereits für die Deutsche Angestellten- Gewerkschaft (DAG) ehrenamtlich auf Bezirks-, Landes und Bundesebene tätig und später als hauptamtliche Landesjugendleiterin der DAG für Baden- Württemberg zuständig. Was hat Sie jetzt dazu bewogen, eine politische Karriere einzuschlagen?*

Heidrun Ditttrich: Da wir in der Partei DIE LINKE die Selbstbestimmung und demokratischen Bewegungen unterstützen, verstehe ich meine Kandidatur für den Bundestag

nicht als Karriere, sondern stelle meine Kompetenzen im Parlament in den Dienst der Mehrheit der Bevölkerung. Eine „politische Kaste“, die die Interessen der Bevölkerung nicht unmittelbar aufnimmt, lehne ich ab. Die Politik muss wieder glaubwürdig werden! Im Unterschied zu allen anderen Parteien erhält DIE LINKE keine Spenden der Deutschen Bank oder Allianz in Höhe von 200.000- 400.000 EUR jährlich (zuletzt 2008, trotz Beginns der Finanzkrise!). DIE LINKE finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Kleinspenden und die Wahlkampfveranstaltung des Bundes. Die AGENDA 2010 mit den menschenverachtenden Auswirkungen des Arbeitsmarktstrukturgesetzes (bekannt als Hartz IV) muss rückgängig gemacht werden! Lohndumping und 1 EUR- Jobs sowie Leiharbeit, die zur Vernichtung regulärer Arbeitsplätze beitragen, müssen abgeschafft werden. Die negativen Auswirkungen eines Wirtschaftssystems, das Profite über Menschen stellt, hat mich zu

meinem Engagement in der Partei DIE LINKE bewogen. Die Politik soll im Interesse der Wähler handeln und nicht im Interesse der großen Konzerne und Banken.

Alexander Haas: *Frau Ditttrich, Sie wurden auf der Landesvertreterversammlung von Ihrer Partei DIE LINKE auf den aussichtsreichen Listenplatz drei gewählt. Innerhalb der Partei genießen Sie nach relativ kurzer Zeit große Anerkennung. Worauf führen Sie diese überdurchschnittliche Akzeptanz zurück?*

Heidrun Ditttrich: Genau die Menschen, mit denen ich seit 27 Jahren in den sozialen Bewegungen Hannovers aktiv bin, haben sich im Juli 2007 in der neu gegründeten LINKEN als Partei zusammengeschlossen.

Durch meine beiden Studiengänge, später auch als Dozentin, kenne ich viele aktive Bürgerinnen und Bürger, die ebenso wie ich, in DIE LINKE eingetreten sind. Durch meinen Einsatz in der Gewerkschaft

ver.di und jahrelange Sozialberatung habe ich das Vertrauen vieler Menschen erlangt. Diese Verankerung in demokratischen und sozialen Bewegungen ist das wichtigste Auswahlkriterium für eine Kandidatur zum Bundestag in der Partei DIE LINKE. Die Mitglieder der Partei kennen meine Kompetenzen seit langem durch gemeinsame Aktionen vor allem in überparteilichen Bündnissen und Initiativen. Die Parteimitglieder haben mir als konsequente Verfechterin für soziale Gerechtigkeit ihr Vertrauen ausgesprochen, indem sie mich auf Platz 3 der Landesliste für den Bundestag nominierten.

Alexander Haas: *Nach der aktuellen Finanz- und Bankenkrise haben Sie sich zum Ziel gesetzt, sich unter anderem besonders für einen Ausbau der demokratischen und öffentlichen Kontrollen der Banken und der Finanzmärkte einzusetzen. Wie weit ist dieses heutzutage Ihrer Meinung nach möglich?*

Heidrun Dittrich: „Die Demokratie darf nicht am Betriebstor aufhören“ ist eine alte gewerkschaftliche Forderung. Die sozialen Rechte in unserer Demokratie müssen erstritten werden. Jede öffentliche Unterstützung der Banken ist ein Vorgriff auf die zukünftigen Steuern, vor allem der abhängig Beschäftigten. Daher fordert DIE LINKE die Vergabe öffentlicher Gelder an Eigentumstitel zu knüpfen.

Das bedeutet die Verstaatlichung der Privatbanken, zuerst der Deutschen Bank und die Stärkung der Sparkassen als öffentliches Finanzdienstleistungssystem. Dies wäre sofort umsetzbar, die gesetzlichen Möglichkeiten im Grundgesetz sind vorhanden.

Oskar Lafontaine hat auf dem Parteitag am 20./21.06.09 gefordert, die Beschäftigten direkt an den Betrieben zu beteiligen. Denn nur die Beschäftigten selbst haben das Interesse, verantwortlich mit der Umwelt und den Menschen im Produk-



tionsprozess umzugehen. Eine Ausweitung der wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte ist erforderlich.

Alexander Haas: *Sie kandidieren auch als Direktkandidatin für den Wahlkreis Hannover Süd. Unter anderem engagieren Sie sich im Aktionsbündnis „Linden gegen Nazis“, welches Ihnen sehr am Herzen liegt. In welchen Problembereichen können die Wählerinnen und Wähler in Ihrem Wahlkreis noch auf Ihre „kämpferische“ Unterstützung zählen?*

Heidrun Dittrich: In Zukunft wird die Lebenswelt der Seniorinnen und Senioren an Bedeutung gewinnen, immer mehr Menschen sind alt und häufig pflegebedürftig.

Ich wende mich gegen den Pflegenotstand in Altersheimen, in der häuslichen Pflege und im Krankenhaus. Kinderschutz braucht Kraft und Nerven! In der Sozialarbeit mit Familien und in der Betreuung der Kinder muss mehr Personal eingesetzt werden. Die Erzieherinnen sind auf Hochschulniveau auszubilden wie in anderen europäischen Ländern und für Kinder sind kleinere Gruppen anzubieten. Als einzige Partei

entwickelte DIE LINKE eine Individualbesteuerung, die Kindererziehungszeiten, Pflegezeiten und Unterhaltszahlungen berücksichtigt. Damit geht DIE LINKE über die Abschaffung des Ehegattensplittings hinaus. Die Gründung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) in der Südstadt wird von mir unterstützt, DIE LINKE fordert die Einführung der IGS als Regelschule. Ich setze mich für den Erhalt von Frauenarbeitsplätzen ein: Für die Verkäuferinnen bei Karstadt, die von Entlassungen bedroht sind. Ich engagiere mich in meinem Wahlkreis für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Gilde und Wabco. Ich unterstütze den Erhalt der Stadtteilbücherei in Linden-Limmer, die vor allem für Kinder im Stadtteil zu Fuß zu erreichen ist. Ich wende mich gegen den Ausbau der Limmer Schleuse, weil sie nicht den Interessen der Anwohner entspricht. Linden-Limmer soll weder ein Gewerbegebiet noch eine Großbaustelle werden. Die Anti-Atombewegung unterstütze ich aktiv in Hannover.

Alexander Haas: *Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, was würden Sie sich wünschen?*

Heidrun Dittrich: Die

Emanzipation der Frau muss immer wieder gefestigt werden. Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz und die Neuaufteilung der „privaten Sorgearbeit“ mit ihrer Anerkennung als Renten sichernde Leistung wünsche ich mir für Frauen und Männer. Ich wünsche mir eine Überwindung der Gewalt im häuslichen Bereich und im Umgang der Völker miteinander: Krieg darf nie wieder ein Mittel der Politik sein! Nur im Frieden ist die Entwicklung der Menschen und der Umwelt möglich.

Die Themen Krieg und Frieden, Umwelt und soziale Gerechtigkeit sind viel zu wichtig, um sie allein den Männern zu überlassen. Ich wünsche mir, dass ein Politiker nur kandidieren darf, wenn er mindestens drei Jahre lang persönlich Kinder erzogen oder bedürftige Menschen gepflegt hat. Damit die Politiker erleben, wie sich ihre Gesetze auswirken!

Alexander Haas: *Frau Dittrich ich darf mich bei Ihnen für diese wirklich ausführliche Beantwortung unserer Fragen auch im Namen unserer Leserinnen und Leser bedanken und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute!*